


Polizei Berlin - Keibelstr. 36 - 10178 Berlin


Frau



GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)  
Just 4 Ko - IFG 11.21

Bearbeiter/in: PPr Just 4 Ko  
Zimmer: 

Dienstgebäude: Berlin-Mitte  
Keibelstr. 36, 10178 Berlin

Tel. Durchwahl +49 30 4664   
Zentrale +49 30 4664  
Quer 99400  
Fax Durchwahl +49 30 4664

E-Mail: PPr-Just-4-ifg@polizei.berlin.de


www.polizei.berlin.de

Datum 16. April 2021

**Antrag nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG)**

Einsatzprotokoll 24.01.2020 [#208494]

Ihre E-Mail vom 11. Januar 2021 über [www.fragdenstaat.de](http://www.fragdenstaat.de)

Sehr geehrte 

mit o.g. E-Mail stellen Sie einen Antrag nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG) und bitten um Zusendung des Einsatzprotokolls vom 24.01.2020 in der Grünberger Straße 46, 10245 Berlin.

Auf Ihren Antrag ergeht folgender

**Bescheid:**

1. Ihren Antrag lehne ich ab.
2. Dieser Bescheid ergeht gebührenfrei.

Verkehrsverbindungen:

S 3, S 5, S 7, S 9, U 2, U 5, U 8,  
RE 1, RE 2, RE 7, RB 14 „Alexanderplatz“  
Tram M4, M5, M6 „U-Bhf. Alexanderplatz“  
Tram M8 „Mollstr./Otto-Braun-Str.“  
Tram M2, M8 „Mollstr./Prenzlauer Allee“

Bus 200, 240 „Mollstr./Otto-Braun-Str.“  
Bus TXL, 200, 240 „Mollstr./Prenzlauer Allee“  
Bus 148 „U-Bhf. Alexanderplatz“  
Bus 100, 200 „Memhardstr.“  
Bus TXL, 100 „S + U-Bhf. Alexanderplatz“

Zahlungen bitte nur bargeldlos an  
Landeshauptkasse Berlin, 10179 Berlin  
Postbank Berlin  
Kontonummer 137106  
Bankleitzahl 100 100 10  
IBAN: DE12100100100000137106  
BIC: PBNKDEFF100

Begründung:

Zu 1.

Zu der von Ihnen beschriebenen Angelegenheit ist ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Die bei der Polizei Berlin vorliegenden Unterlagen zu Strafermittlungsverfahren sind vom Anwendungsbereich des IFG ausgenommen. Über eine Akteneinsicht in Strafermittlungsakten entscheidet nach den Vorschriften der Strafprozessordnung die zuständige Staatsanwaltschaft Berlin. Diese Regelungen gehen als Spezialnormen dem IFG vor, das in § 2 Abs. 1 Satz 2 IFG eine Bereichsausnahme für staatsanwaltschaftliche Akten vorsieht.

Zu 2.

Gemäß § 8 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge in Verbindung mit § 5 der Verwaltungsgebührenordnung Berlin (VGebO) sowie der Anlage zur VGebO (Gebührenverzeichnis) Anmerkung zur Tarifstelle 1004 wird bei der Ablehnung der Akteneinsicht oder Auskunft keine Gebühr gem. § 6 Abs. 1 VGebO erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides schriftlich oder zur Niederschrift bei der Polizei Berlin, Justizariat, Keibelstraße 36, 10178 Berlin, zu erheben. Es wird darauf hingewiesen, dass bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt ist, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist eingegangen ist.

Mit freundlichen Grüßen

